

Griechenland

Peter A. Zervakis

Anfang September wurde in Nordgriechenland die 79. Internationale Messe Thessaloniki (DETH) eröffnet. Der konservative Premier Antónis Samarás („Néa Dimokratía“, ND) behauptete in seiner Rede, die traditionell den öffentlichen politischen Schlagabtausch zwischen Regierungsmehrheit und Opposition im Herbst einleitet, dass Griechenland die Hürde der Spar- und Reformpakete gemeistert habe. Von nun an sei nur noch mit Wachstum zu rechnen, so die Überzeugung des Regierungschefs. Bis zum Jahr 2021 soll die griechische Wirtschaft den Stand von vor Ausbruch der Krise 2009 wieder erreichen. So will Samarás die Luxussteuer für bestimmte Güter abschaffen, steuerliche Erleichterungen auch für ärmere Bevölkerungsschichten durchsetzen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorstellen. Auch der frühere Ministerpräsident Kóstas Karamanlís, der bis 2009 der Vorsitzende der konservativen ND war, hielt sich in Thessaloniki auf. Von 2004 bis 2009 regierte er das Land bis zum Ausbruch der Krise. Von seiner Anwesenheit sollte die politische Botschaft ausgehen, dass die Regierungspartei geeint sei, um die seit den Europa- und Kommunalwahlen tief enttäuschten Wähler aus dieser Wahlfamilie zurückgewinnen zu können. Denn die ohnehin fragile Regierungskoalition aus PASOK-Sozialisten und ND-Konservativen wurde empfindlich vom Wählervotum abgestraft und das trotz aller Solidaritätsbekundungen aus der Europäischen Union.¹

Europawahlen: Denkkzettel für die Regierung oder Beweis für die Unregierbarkeit?

Mit einem deutlichen Vorsprung von fast vier Prozent vor der konservativen ND (22,71 Prozent) unter Ministerpräsident Samarás ging aus den Europawahlen erwartungsgemäß die größte parlamentarische Oppositionspartei, das Bündnis der Radikalen Linken (SYRIZA/GUE/NGL, 26,60 Prozent) unter ihrem Führer Aléxis Tsípras, als Sieger hervor.² Die Konservativen verloren 7 Prozent gegenüber der Parlamentswahl vom Juni 2012 und 9,6 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2009. Beide Regierungsparteien zusammen büßten gegenüber der letzten Parlamentswahl über 11 Prozent, gegenüber der letzten Europawahl sogar 38,2 Prozent ein. Auf den dritten Platz gelangten Griechenlands Neofaschisten der „Chryssí Avgí“ („Goldene Morgenröte“, ChA) mit 9,38 Prozent vor der von der sozialistischen PASOK-geführten Liste „Elía-DP“ (Olivenbaum-Demokratisches Bündnis) mit 8,02 Prozent. Es folgen die erstmals angetretene bündnisfreie und aus dem alten liberalen Zentrum entstammende Partei eines diffusen bürgerlich-populistischen Protests ohne inhaltliche Festlegung, „To Potámi“ („Der Fluss“; 6,61 Prozent),³ die kommunistische KKE (6,07 Prozent) und die rechtsradikale Parlamentspartei der Unabhängigen Griechen/ANEL (3,45 Prozent). Die anderen Parteien, darunter auch die Demokratische Linke (DIMAR), die 2013 die jetzige Koalitionsregierung verlassen hatte, verfehlten die Drei-Prozent-Hürde und stellen keinen Europaparlamentarier.

1 Griechenland Zeitung (GZ) vom 05.09.2014.

2 Vgl. die offiziellen griechischen Ergebnisse der Europawahl 2014: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-el-2014.html>.

Von den 21 Abgeordneten, die Griechenland nach Brüssel entsendet, stellt die SYRIZA sechs, die ND fünf, die ChA drei, jeweils zwei die Elía/PASOK, der „Potámi“ und die KKE; die Unabhängigen Griechen entsenden einen Vertreter. Insgesamt vier rechtsradikale Abgeordnete werden als Fraktionslose (NI) in das nächste Europaparlament einziehen. Zieht man zudem die sechs künftigen Abgeordneten der SYRIZA, die sich der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) anschlossen, und die zwei Fraktionslosen der griechischen Kommunisten hinzu, dann können weit mehr als die Hälfte der griechischen Europavertreter (12/21) als „offen europafeindlich“ gelten. Nur die fünf Mandatsträger der ND, die der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören, und die jeweils zwei Abgeordneten der PASOK/Elía, die zur Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) gehören und Teil des gegenwärtigen griechischen Regierungsbündnisses sind, sowie die der „Potámi“, die nicht wie erwartet der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), sondern der sozialdemokratischen S&D-Fraktion beigetreten sind, befürworten die EU und stehen ihr bei aller Einzelkritik „grundsätzlich positiv“ gegenüber.⁴

Was die Wahlbeteiligung betrifft, so gingen trotz Wahlpflicht nur sechs von zehn Griechen an die Urnen (59,97 Prozent). Das ist zwar seit 1981, dem Beitrittsjahr Griechenlands in die EU, das zweitschlechteste Ergebnis, aber besser als in den letzten Europawahlen von 2009 (52,61 Prozent) und immer noch wesentlich höher als im EU-Vergleich (1984: 58,98 Prozent – 2014: 42,54 Prozent).⁵

Beunruhigend an den Ergebnissen der Europawahlen ist sicher, dass die rechtsextreme „Chryssí Avgí“ im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom Juni 2012 etwa 110.000 Stimmen hinzugewinnen konnte – von 426.000 auf 536.000. In absoluten Zahlen gab es sogar für den Wahlsieger SYRIZA Verluste (–140.000). Weit stärker traf es jedoch die ND (–530.000) und empfindlich auch die PASOK, die zusammen mit anderen Parteien unter dem Namen „Olive“ antrat und 457.000 Stimmen erreichte (–300.000). Die Börse reagierte zumindest am ersten Tag nach dem Wahlsonntag positiv: Der Index legte um 2,27 % zu.⁶

Verwirrende Ergebnisse aus den Regional- und Kommunalwahlen

Unter der Oberfläche der Gesellschaft scheinen Umbrüche im Gange zu sein, die für Politiker und Meinungsforscher schwer zu fassen sind.⁷ Die erste Runde der Kommunal- und Regio-

3 Nach diesem vorhergesagten Achtungserfolg wurde der populäre Fernsehmoderator Stávros Theodorákis nachträglich und ohne Gegenkandidat auf dem Gründungsparteitag seiner Bewegung Ende Juni einstimmig zum „Führer der Ehrenamtlichen“ der von ihm ins Leben gerufenen und als „neoliberal und sozialistisch“ geltenden Partei bestimmt. Zudem wählten die 466 der insgesamt 650 Kongressteilnehmer ein 86-köpfiges „Panhellenisches Komitee“, dem allerdings die Aufgaben eines Politbüros in der Tradition der PASOK bzw. des alten Zentrums zukommen. Es setzt sich aus 28 Frauen und 58 Männern zusammen. Parteigründer Theodorákis kündigte an, in allen Teilen des Landes „Gruppen von Ehrenamtlichen“ zu gründen. Beobachter halten es für möglich, dass die Partei bei künftigen Regierungsbildungen entscheidenden Anteil nehmen könnte (GZ vom 30.06.2014).

4 Vgl. Markus Kaiser/Athanasius Grammenos: Wahlsonntag in Griechenland: Ein Schuss vor den Bug der Regierungsparteien, in: Hintergrund: Griechenland, Nr. 31 vom 28. Mai 2014, S.1-4. Das liberale Wahlbündnis „Jéfyres“ (Die Brücken) schaffte es dagegen mit nur 0,91Prozent nicht, an die Popularität der Partei des „Flusses“ anzuschließen, hauptsächlich weil die Parteiführer der beteiligten Splitterparteien sich zu kurzfristig, ohne gemeinsame Inhalte und ohne Vorbereitung ihrer reformorientierten Mitglieder auf ein Zweckbündnis geeinigt hatten. Mit nur 50.000 Stimmen lag es noch hinter der „Griechischen Jägerpartei“ und gleichauf mit der ebenfalls enttäuschenden Wahlallianz aus Grünen und Piratenpartei sowie denkbar knapp vor einer Partei, die sich in Europa für den Erhalt eines Athener Fußballstadions einsetzte. Mit populistischer, teilweise antideutscher Wahlkampfretorik schaffte es dagegen der ehemalige, in Duisburg geborene FDP-Abgeordnete Giorgos „Jiórgo“ Chatzimakarkis, 1,46 Prozent aller Stimmen auf seine von ihm gegründeten Liste „Griechischer Europäischer Bürger“ zu vereinen (Kaiser/Grammenos, a.a.O., S. 2).

5 Damals lag die Wahlbeteiligung noch bei 81,48 Prozent, wobei sie sich seit 1994 (73,18 Prozent) im kontinuierlichen Abwärtstrend befindet (1999: 70,25 %, 2004: 63,22 %, 2009: 52,61 %). Vgl. Anm. 1, S. 1.

6 GZ vom 23.5.2014.

7 GZ vom 19.5.2014.

nalwahlen ging ohne klare Botschaften zu Ende. Die Stimmenthaltung betrug etwa 40 Prozent, in Athen lag sie sogar bei rund 50 Prozent. In der zweiten Runde konnte SYRIZA in Attika, der bevölkerungsreichsten Region des Landes, einen Prestigeerfolg erzielen. Die Kandidatin Réna Doúrou setzte sich in einem spannenden Duell gegen den bisherigen Regionalgouverneur der ND durch. Zum ersten Mal hatten es die Kandidaten der ND weder in Athen noch in der Hauptstadtregion Attika in die Stichwahl geschafft. In der Hafenstadt Piräus wurde der amtierende ND-Bürgermeister vom Vizepräsidenten des lokalen Fußballclubs besiegt. Ein zweiter Coup gelang SYRIZA auch auf den Ionischen Inseln. Die Mehrheit der Regionen („Peripheries“) bleibt jedoch in Händen der ND, die allerdings auch herbe Niederlagen akzeptieren musste. So gewannen die von der ND unterstützten Kandidaten in sieben von dreizehn Regionen, parteiunabhängige Kandidaten siegten in vier, Kandidaten der SYRIZA in zwei Regionen.⁸ Unerwartet gut schnitten dagegen die unabhängigen Kandidaten ab, die von der PASOK unterstützt wurden. Der bisherige Bürgermeister der Hauptstadt, der schon 2010 als unabhängiger, moderat reformistischer Kandidat angetreten war, gewann mit 51,42 Prozent sehr knapp gegenüber seinem Herausforderer von SYRIZA. Er wird seinen Reformkurs schneller und zielstrebig umsetzen müssen. Mit mehr als 58 Prozent war der Abstand der Wiederwahl für seinen ebenfalls parteiunabhängigen Amtskollegen und „liberalen Rockstar“ in der erzkonservativen Stadt Thessaloniki, dem 71-jährigen Jánnis Boutáris, deutlich größer.⁹ Es ist aber bezeichnend für die desolote Lage der PASOK, dass sie ihre Kandidaten nicht offiziell unterstützte, um deren Wahlchancen nicht zu schmälern.

Die neofaschistische Partei ChA konnte sich nach den dreifachen Wahlen und trotz der Verhaftung ihrer Parteiführung als drittstärkste politische Kraft etablieren. An Wählerkraft legte sie im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen 2012 um bis zu neun Prozent zu. Allerdings lagen die realen Ergebnisse niedriger, als es Umfragen vorausberechnet hatten. In 23 Regionen konnte die ChA mehr als 10 Prozent der Wähler auf sich vereinen. Die meisten Wähler gewann sie in Lakonien auf der Peloponnes mit mehr als 15 Prozent sowie in Nordgriechenland: in Pella und Kilkis. Die wenigsten ChA-Wähler gab es auf Kreta, Chios und in der westgriechischen Stadt Ioannina. Wie die Auszählungen einzelner Wahllokale zeigten, haben die Neofaschisten unter Polizisten viele Wähler ebenso wie beim Sicherheitspersonal in den Haftanstalten. In einigen Fällen bekamen sie hier mehr als 30 Prozent der Stimmen. Ihr Bürgermeisterkandidat für die Hauptstadt erreichte rund 16 Prozent der Stimmen. Andererseits sind die Resultate noch weit vom erhofften Triumph in einer Stichwahl entfernt.

Auch wenn auf Regionalebene liberale Kandidaten chancenlos waren, erzielte eine Wahlallianz mit drei Prozent in Attika das beste Ergebnis. Hier wurde mit dem 35-jährigen Kóstas Bakoyánnis ein junger Reformier zum Gouverneur der Region Zentralgriechenland gewählt. Allerdings ist Bakoyánnis auch ein sichtbarer Beleg für das Fortwirken des familiären Klientelismus. Er hat sich zwar als unabhängiger Kandidat aufstellen lassen, doch seine Mutter ist die frühere Außenministerin der ND, Dóra Bakoyánni, sein Großvater ist der ehemalige Premier Konstantínos Mitsotákis, sein Onkel Kyriakós ist der amtierende Minister für die anstehende Verwaltungsreform.¹⁰

Ein Land in der Schwebel: Regierungsumbildung und Präsidentschaftswahlen in Sicht

Die Ergebnisse der Europawahlen und weniger jene der Kommunal- und Regionalwahlen haben Bewegung in die politische Landschaft („politikós kósmos“) gebracht. Der Opposi-

⁸ GZ vom 19.5.2014.

⁹ Hier und nachfolgend: GZ vom 27.5.2014.

¹⁰ Kaiser/Grammenos, a.a.O., S. 3.

tionsführer sprach der Regierung jegliche moralische und politische Legitimität ab und forderte umgehend vorzeitige Neuwahlen, denn bei Parlamentswahlen hätte seine Partei 130 der 300 Sitze erhalten und die ND nur 69. Premierminister Samarás stellte klar, dass die Regierung „die Botschaft“ des Volkes wohl vernommen habe. Es habe jedoch mit dem gleichen Votum einen „Umsturz“, wie ihn die Oppositionspartei SYRIZA im Auge gehabt habe, abgelehnt.¹¹ Vom Juniorpartner der Regierung, der PASOK, geht die Initiative aus, die geltende Wahlgesetzgebung zu ändern und sie an das Verhältniswahlrecht anzunähern. Dazu soll die Abschaffung des Bonus von 50 Sitzen gehören, den bisher die stimmenstärkste Partei erhält. Die PASOK dürfte auch ein starkes Interesse an einer Kabinetts-umbildung haben, weil sie insbesondere bei den Kommunalwahlen weitaus besser abgeschnitten hatte als erwartet. So könnte auch der Koalitionsvertrag auf den Prüfstand kommen, ebenfalls eine Regierungsumbildung im Herbst. Zugleich wurde aber darauf hingewiesen, dass die Regierungskoalition mit der PASOK stabil sei.¹²

Die Wahl des Staatspräsidenten könnte im nächsten Jahr zu einer Krise führen. Die Legislaturperiode des amtierenden Präsidenten Papoúlias (PASOK) läuft im Februar 2015 aus. Für die Neuwahl wird eine Mehrheit von 180 der 300 Stimmen im Parlament benötigt. Die Regierung Samarás verfügt über 152 Abgeordnete, ob sie im kommenden Jahr mindestens 28 Leihstimmen finden kann, ist mehr als fraglich. Sollte sich das Parlament mit der erforderlichen Dreifünftel-Mehrheit auf keinen Kandidaten einigen können, würde dies zu vorverlegten Parlamentswahlen führen. Ein solches Szenarium findet in den Reihen des SYRIZA viele Befürworter. Die Partei würde für eine solche Option mindestens 121 Abgeordnete benötigen. Da SYRIZA selbst nur über 71 Sitze verfügt, müsste sie eine breite Allianz mit anderen Parteien schmieden, etwa mit der Demokratischen Linken (DIMAR) oder den Unabhängigen Griechen (ANEL). Allerdings dürften diese beiden Splitterparteien wenig Interesse daran haben, da für sie bei Neuwahlen ein Einzug in die „Vouli“, dem griechischen Parlament, nicht sicher wäre; nach dem jetzigen Stand vor allem nicht für die DIMAR, deren Parteichef Fótis Kouvelis Interesse am Präsidentenamt zu haben scheint. Was diese Linkspartei betrifft, so hatte sie bis zum Sommer 2013 die Koalitionsregierung aus der ND und der sozialistischen PASOK unterstützt. Bei den Europawahlen im Mai hatte DIMAR allerdings äußerst schlecht abgeschnitten und nur mehr rund ein Prozent der Wählerstimmen erhalten. In letzter Zeit wurde auch die frühere Vorsitzende der Linksallianz María Damanáki, die zur PASOK wechselte und u.a. Ministerin und EU-Kommissarin für Griechenland war, als mögliche Präsidentschaftskandidatin genannt.¹³ Der ANEL-Vorsitzende Pános Kammenós bezog bereits Position und stellte fest, dass man „kein Spiel“ mit dem griechischen Volk spielen werde.¹⁴

Weiterführende Literatur

Alexander Kentikelenis: Greece's health crisis: from austerity to denialism, in: *The Lancet*, 383, 9918/2014, S. 748-753.

Dimitris Psarras: Neofaschisten in Griechenland: die Partei Chrysi Avgi, Hamburg 2014.

Ssannah Verney: „Broken and can't be fixed“: the impact of the economic crisis on the Greek party system, in: *The International Spectator*, 49, 1/2014, S. 18-35.

11 GZ vom 27.5.2014.

12 GZ vom 26.05.2014.

13 GZ vom 2.9.2014.

14 GZ vom 2.6.2014.